

Die Zentralafrikanische Republik: EINE FALLSTUDIE ÜBER KLEINWAFFEN UND KONFLIKT

In den letzten zehn Jahren war die Zentralafrikanische Republik der Schauplatz von vier internationalen Operationen zur Friedenssicherung und Zeuge mehrerer Konflikte in Nachbarländern, die regelmässig Schlagzeilen machten. Es gibt jedoch relativ wenig Literatur über dieses Land. Die Studie dieses Kapitels hat Relevanz weit über diesen aufgewühlten Binnenstaat hinaus. Sie stellt viele weit verbreitete Behauptungen bezüglich Reformen im Sicherheitsbereich – *security-sector reform* (SSR) – heraus, die kontinentale und globale Auswirkungen haben. In grösserem Umfang verhilft diese Studie zu einem besseren Verständnis der anhaltenden Bedrohungen für Frieden und Sicherheit in der Region. Sie behandelt die Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Konflikten und zeigt auf, in wieweit der Fortschritt in einem Land bei mangelnder Koordination den eines anderen Landes schädigen kann.

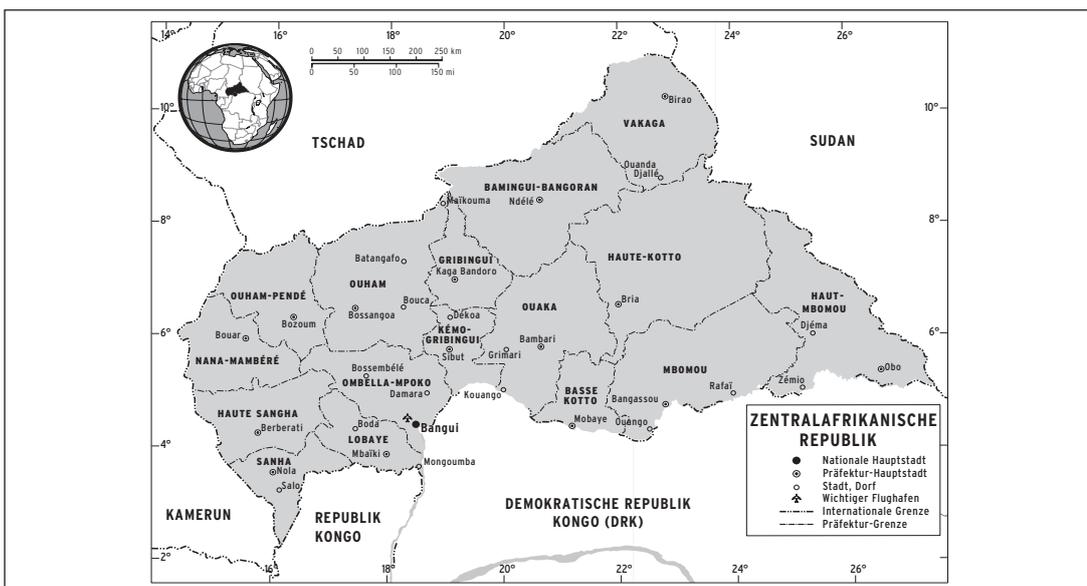
Die Zentralafrikanische Republik – ein Land, das sich über 623,000 Quadratkilometer erstreckt (etwas grösser als Portugal und Spanien zusammen) – hat eine trostlose Geschichte. Das Land erlebte seit seiner Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1960 eine Kette von Tumulten. Seine 3,9 Mio. Einwohner zählen zu den ärmsten der Welt. Es gab bereits vier Staatsstriche, den letzten am 15. März 2003, als der frühere Stabschef General François Bozizé den bisherigen Präsidenten Ange-Félix Patassé stürzte.



Kurz nachdem Präsident Ange-Félix Patassé mit Unterstützung von Truppen aus Libyen und der Demokratischen Republik Kongo einen Aufstand in der Zentralafrikanischen Republik unterdrückt hatte, fahren loyale Soldaten im November 2002 durch Bangui.

© Christine Nesbitt/AP Photos

Karte 11.1 Die Zentralafrikanische Republik und ihre Nachbarn



Diese Studie betont die Wechselbeziehungen zwischen einzelnen Konflikten und zeigt auf, in wieweit der Fortschritt in einem Land bei mangelnder Koordination den eines anderen Landes schädigen kann.

Vor 1982 spielten Kleinwaffen im Unheil des Landes keine prominente Rolle. Erst nach einem gescheiterten Staatsstreich begannen nicht-staatliche Akteure in der Zentralafrikanischen Republik Waffen aus dem Ausland zu beziehen. Der Regierungswechsel im Tschad im Jahr 1982 hatte ebenfalls gravierende Auswirkungen auf die Zentralafrikanische Republik, zu denen u.a. grenzüberschreitende Truppenbewegungen gehörten. Die 80er und 90er Jahre waren Zeugen einer Anzahl von Staatsstreichen, vermuteten

Staatsstreichen, und in relativ kleinem Umfang auch von Gewalt, die von unzufriedenen Bevölkerungsgruppen und den *Forces armées centrafricaines* (FACA) ausging. Die Situation verschlechterte sich im Jahr 1996 drastisch, als Elemente der FACA meuterten, was mit der Plünderung des grössten Waffenlagers des Landes in den Kassaï-Barracken in der Hauptstadt Bangui endete. 1997, nach dem Sturz des Zairischen Präsidenten Mobutu Sese Seko, flossen zusätzlich tausende von Waffen in die Zentralafrikanische Republik. Eine ähnliche Situation wiederholte sich zwei Jahre später, als die von Uganda gestützte Bewegung zur Befreiung des Kongo – *Mouvement de libération du Congo* (MLC) – eine Rebellengruppe unter Führung von Jean-Pierre Bemba, die kongolische Armee – die *Forces armées congolaises* (FAC) – unter Laurent Desiré Kabila, dem Nachfolger Mobutus, besiegte. In den Jahren 2002 und 2003 kamen noch mehr Waffen über den Tschad, der General Bozizés militärische Kampagne unterstützte, ins Land.

Dieses Kapitel konzentriert sich auf die Ereignisse zwischen 1996 und 2003, die die Fähigkeit des Staates, zivilen Waffenbesitz zu kontrollieren, schwächten und zu einem massiven Zufluss von Waffen in viele Teile des Landes führten. Zusammengefasst stellen diese Ereignisse eine klare Bedrohung für die nationale Sicherheit und für Recht und Ordnung dar. Das Kapitel untersucht Vorhandensein und Verbreitung von Kleinwaffen in der Zentralafrikanischen Republik; studiert die Bewegungen und den illegalen Handel von Kleinwaffen; beurteilt die Auswirkungen des Gebrauchs von Kleinwaffen und deren Erhältlichkeit; und analysiert die verschiedenen Abrüstungsversuche, die in den letzten Jahren in der Zentralafrikanischen Republik unternommen wurden.

Programme zur Einsammlung von Waffen in der Zentralafrikanischen Republik wurden bisher schlecht geplant und durchgeführt.

Hier die Hauptbefunde:

- Bewaffnete Elemente in der Zentralafrikanischen Republik überbieten waffentechnisch bei weitem die Regierungstruppen (mit Ausnahme der Präsidialgarde), die nicht in der Lage sind, sich ihnen in den Weg zu stellen.
- Die Regierung könnte mit ihrer Behauptung, dass national 50,000 Kleinwaffen ausserhalb ihrer Kontrolle im Umlauf sind, das wirkliche Ausmass des Problems bei weitem *unterschätzen*.
- Seit langem bestehende Daten über die Waffenlagerbestände der militärischen Streitkräfte in Zentralafrika sind extrem ungenau. Daher mögen frühere Annahmen über die vorhandenen Kleinwaffenbestände überall in Afrika weit unter den derzeitigen Schätzungen liegen.
- Peacekeeping-Operationen waren keine bedeutende Waffenquelle.
- Während Staaten in der Region sowohl den Streitkräften der Regierung als auch den Rebellen, die die Macht ergreifen wollten, Waffen geliefert haben, blieb die Auswahl ziemlich begrenzt, und schloss Boden-Luft-Raketen aus.
- Nicht-staatliche Akteure erhalten nicht nur Material und andere Formen von Unterstützung von anderen Regierungen, sie spielen auch eine entscheidende Rolle in der Unterstützung anerkannter Staatsadministrationen.
- Während Todesfälle und Verletzungen durch Feuerwaffen in der Zentralafrikanischen Republik im Vergleich zu anderen Konfliktzonen in der Region relativ bedeutungslos sind, leidet das Land stark unter den wirtschaftlichen und psychologischen Auswirkungen durch Gebrauch und Erhältlichkeit von Kleinwaffen.
- Programme zur Einsammlung von Waffen in der Zentralafrikanischen Republik wurden bisher schlecht geplant und durchgeführt. Ausserdem waren sie erheblich weniger erfolgreich als behauptet wurde, und haben nachweislich auch die nationale Sicherheit untergraben.

Heutzutage ist der Staat so gut wie nicht in der Lage, Waffen in zivilen Händen zu regulieren. Der massive Zufluss von Waffen in weite Teile des Landes stellt eine klare Bedrohung für die nationale Sicherheit und für Recht und Ordnung dar. Trotz der politischen Fähigkeiten von Präsident Bozizé wird die Verbreitung weiterer Kleinwaffen im ganzen Land eine schon jetzt schwierige Situation nur noch komplizieren. Die Zentralafrikanische Republik ist inzwischen ein Pulverfass, aber es gibt immer noch Hoffnung, dass die Spannungen entschärft werden könnten. Entwicklungen der letzten Jahre haben zu einem Mangel an Sicherheit in der Zentralafrikanischen Republik geführt. *Zaraguinas* (Banditen) treiben ihr Unwesen scheinbar straflos auf den Strassen ausserhalb der Hauptstadt, und in Bangui und anderswo kommt es häufig zu bewaffneten Raubüberfällen. Die meisten Bemühungen zur Entwaffnung waren bis heute eine Geldverschwendung, wie der Kreislauf, der an die Stelle ihrer beabsichtigten Beseitigung getreten ist, deutlich bezeugt. In vieler Hinsicht haben Abrüstungsinitiativen die Spannungen innerhalb der Bevölkerung nur noch weiter angeheizt, da die mangelnde Objektivität, mit der die Programme implementiert wurden, die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen verhärtet hat. Trotzdem bleibt das Thema Abrüstung ein enorm wichtiges Vorhaben, das internationale Unterstützung verdient; die einzelnen Programme müssen allerdings kompetenter gestaltet und ausgeführt werden. Künftige Initiativen müssen die zahlreichen bewaffneten Gruppen ins Visier nehmen, die Patassé gegründet hat: *Zaraguinas* aus dem Tschad und Bozizés *Liberators*. Die Bemühungen sollten sich mehr auf das Einsammeln von Schnellfeuerwaffen und leichten Waffen konzentrieren als auf die antiquierten Durchlader der Vergangenheit. Eingesammelte Waffen und Munition sollte zerstört werden.

Die Zentralafrikanische Republik ist heute ein Pulverfass, aber es gibt immer noch Hoffnung, dass die Spannungen entschärft werden können.

Die Ermittlungen dieser Studie sollen politischen Entscheidungsträgern helfen, neue SSR- und DDR- (*Disarmament, Demobilization, und Reintegration*) Programme für die Zentralafrikanische Republik und andere Länder zu entwerfen.